

Verkehr in Elbe-Elster

Straßenplaner der Ortsumfahrung Plessa und Kahla lassen Gesprächstermin platzen

Das Amt Plessa hat die Straßenplaner der Deges zu einer Pro- und Kontra-Runde zur umstrittenen Nordumfahrung eingeladen. Dies wurde jetzt abgelehnt. Eine Antwort des Bundesverkehrsministeriums verbreitet jedoch vorsichtig Hoffnung.

20. Februar 2021, 11:34 Uhr • Straßenverkehr
Von Manfred Feller



Die von den Planern favorisierte Nordumfahrung Plessa würde in etwa an dieser Stelle auf einer großen Brücke über die L 621 am Ortsausgang Plessa in Richtung Döllingen führen. © Foto: Manfred Feller

Scheut die bundes- und landeseigene [Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH \(Deges\)](#) die direkte Auseinandersetzung mit den Gegnern der von ihr favorisierten [Nordumfahrung von Plessa und Kahla](#)? Für Göran Schrey, Amtsdirektor des Amtes Plessa im Landkreis [Elbe-Elster](#), sieht es danach aus. Damit beide Seiten ihre Argumente für oder gegen die jeweils bevorzugte Bundesstraßenvariante austauschen können, war der Verwaltungschef dabei, eine öffentliche Veranstaltung vorzubereiten. Die Planer ziehen es nach seinen Worten stattdessen vor, selbst einzuladen - zu einer Video-Fachkonferenz.

Amt Plessa enttäuscht von der Absage

„Die Absage der Deges ist für uns sehr enttäuschend und ein herber Rückschlag. Dadurch wird uns die Chance genommen, unsere Argumente gegen die Nordumfahrung und für eine Südumfahrung vorzutragen“, so Göran Schrey. Letztere stand bei den Planern ursprünglich im

Fokus. Von einer Onlineveranstaltung hält der Amtsdirektor nichts: „Das wird eine reine Verkaufsveranstaltung der Deges.“

Ein ausführliches Gespräch habe er unlängst mit dem Bundesverkehrsministerium (BMVI) geführt. Dort läge inzwischen die mehrseitige Stellungnahme des Amtes Plessa mit zahlreichen Kritikpunkten zur Nordumfahrung vor.

Der Kernpunkt der Antwort des Ministeriums auf Rundschau-Fragen versteckt sich in einem Satz, der auch noch reichlich Interpretationsspielraum zulässt: „Ob die planerische Abwägung des Landes hinreichend begründet ist, darüber wird das BMVI unter Beteiligung weiterer Bundesministerien voraussichtlich im Frühjahr entscheiden.“

Hoffnungsschimmer am Horizont

Die Akteure vor Ort hatten angenommen, dass die Unterschrift etwa drei Monate nach Eingang der Unterlagen zur Linienbestimmung gesetzt wird. Das wäre demnächst. Die Antwort liest sich so, dass es offensichtlich noch Redebedarf gibt. Das sieht auch Göran Schrey so: „Die Aussage des BMVI macht vorsichtig Hoffnung.“

Dem kann Hans-Jürgen Schröder von der Bürgerinitiative nur beipflichten: „Es sieht so aus, dass unsere Bedenken ernst genommen werden und dies in Berlin kein Schnellschuss wird. Wir machen dennoch weiter mit unseren Aktionen. Wir geben nicht auf.“ Inzwischen seien die 8000 Protestpostkarten an Haushalte der Umgebung und darüber hinaus verteilt worden. Wer eine besitzt, so die Bürgerinitiative, sendet diese bitte nach Potsdam oder Berlin, damit dort täglich an das Problem der Nordumfahrung erinnert wird.